Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 35 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15 empfiehlt in größter Auswahl
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke
Geschmackvoll. • Künstlerisch. • Preiswert.

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Sächs. Hoflieferanten, **Neumarkt 11.**
Fernsprecher No. 6081.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 280. Spiegel: Denkwürdigkeiten Hohenlohes. Der König in Glashütte, Augustusbrücke, Scheibenschützen. Evangelischer Bund, Reise Tschlitschkys, Buchdruckertarif. Adelaide Altiori †. Lotterie. | Mutmaßl. Wetterung: Kühl, meist heiter. | **Donnerstag, 11. Oktober 1906.**

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe

sind zu einer politischen Sensation ersten Ranges geworden, seitdem die Depesche Kaiser Wilhelms an den Chef des Hauses Hohenlohe-Schillingsfürst, die sich in der schärfsten Tonart gegen die Veröffentlichung ausspricht, bekannt geworden ist. Doch auch schon vorher hatte die bloße Tatsache der Wiederaufrollung der Frage nach den intimeren Vorgängen bei der Entlassung des Fürsten Bismarck genügt, um die Organe der politischen Presse eins nach dem anderen auf den Tummelplatz der öffentlichen Meinung zu rufen, der nun von Kampfruf, Stoß und Schlag widerhallt und die Geister an allen Ecken und Enden auseinander platzen läßt. Zum Teil kommt dabei die ganze Gehässigkeit der Feinde Bismarcks recht häßlich zum Ausdruck. So kann es sich zum Beispiel das leitende Organ der Partei, die im Jahre 1895 unter dem lodernden Zorn der gesamten nationalgesinnten Mehrheit des deutschen Volkes dem Altreichskanzler den Geburtstagsgruß verweigerte, nicht versagen, den „unbedingten Bismarck-Verehrern" die haltlose Verdächtigung anzuhängen, es sei ihnen gar nicht um die Wahrheit zu tun, sondern um die „Erhaltung alter Lügengewebe und Märchen". Was wohl der Alte im Sachsenwalde zu diesem erneuten Gelärm seiner unversöhnlichen Gegner in deutschen Landen sagen würde, wenn er es noch erlebt hätte? Vielleicht würde er mit der ihm eigenen olympischen Ruhe bloß die vier klassischen Worte gesprochen haben: „Dor lach ick över!" . . . .

Tatsächlich ist in den Aufzeichnungen Hohenlohes nichts enthalten, was die hochragende Reckenfigur des Fürsten Bismarck auch nur um eine Linie in der nationalen Verklärung, die sie umwallt, herabzudrücken vermöchte. Wirklich durchgreifend Neues bieten die Denkwürdigkeiten überhaupt nicht, wenn sie auch trotzdem als unmittelbar mit den geschichtlichen Ereignissen verknüpfte Niederschrift eines durch seine nüchterne Beobachtungsgabe ausgezeichneten Staatsmannes eine besondere Bedeutung besitzen und einen pikanten zeitgenössischen Reiz gewinnen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß Fürst Hohenlohe doch schließlich auch nicht persönlich dabei gewesen ist, sondern sich für seine Mitteilungen auf die Aussagen dritter Personen stützt, allerdings nicht auf Krethi und Plethi, sondern auf solche, die etwas wissen konnten und mußten. Die eigentliche politische Tragweite der Hohenloheschen Memoiren liegt in der deutlichen Beleuchtung der Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Kaiser und Kanzler auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bestanden und deren Anteil bei den wirkenden Ursachen der Entlassung hier zum ersten Male in authentischer Form festgestellt wird.

Die Angaben des Fürsten Hohenlohe über die kaiserliche und die Bismarckische Politik gegenüber Rußland und Oesterreich lauten im wesentlichen dahin, daß der Kaiser den Fürsten Bismarck im Verdacht gehabt haben soll, er wolle den Dreibund und insbesondere das Bündnis mit Oesterreich preisgeben und sich mit Rußland verständigen, während der Kaiser bei einer russischen Besetzung Bulgariens Oesterreich die Stange halten wollte, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland und Frankreich hin. Was hier von den Absichten, Anschauungen und Plänen des Kaisers erzählt wird, beruht nur auf Hörensagen; es „soll" so sein. Ueber Bismarcks Stellungnahme zu den gekennzeichneten Problemen der auswärtigen Politik liegen dagegen ganz klare Aussprüche vor, die jeden Zweifel an seiner Haltung beseitigen. Für Bismarck war der Leitfaden der „Instradierung", wie er zu sagen pflegte, seiner auswärtigen Politik ein möglichst tadellos gutes Verhältnis des Deutschen Reiches zu Rußland und die mangels eines ausreichenden realpolitischen Interesses gebotene Nichteinmischung Deutschlands in die orientalischen Angelegenheiten. Die orientalische Frage ist die Knochen nicht eines einzigen pommerschen Grenadiers wert; nach diesem von ihm selbst gemünzten Stichworte hat Fürst Bismarck allezeit konsequent gehandelt. Damit war dann auch seine Stellungnahme in der bulgarischen Frage vorgezeichnet. Um Bulgariens willen den Krieg nach zwei Fronten zu entfesseln, den seine meisterhafte diplomatische Staatskunst mit dem Aufgebot ihrer ganzen Genialität von Deutschland fernzuhalten trachtete, einen solchen folgenschweren Entschluß konnte keine Macht der Welt, auch die Autorität Kaiser Wilhelms II. nicht, dem Bismarckschen Nationalgewissen abringen. Der Realpolitiker Bismarck stand hier in schärfster Verkörperung dem jungen Monarchen gegenüber, der persönlichen Idealflug der Gedanken und Empfindungen, die ihn zur Bündnistreue gegen Oesterreich bis zum äußersten aufriefen, noch nicht in ausgeprägter Weise von den Forderungen des realen Interesses der Nation zu trennen wußte. In der bulgarischen Frage kam für Bismarck überdies noch ein besonderes Moment in Betracht, das ihn nötigte, die Loyalität gegen Rußland stark zu unterstreichen. Erst drei Jahre zuvor hatte ihm die orleanistische Klique in Kopenhagen den perfiden Streich gespielt, dem Zaren Alexander III. die zu historischer Berühmtheit gelangten gefälschten bulgarischen Aktenstücke in die Hand zu spielen, die die deutsche Politik in das Licht einer doppelzüngigen verräterischen Haltung setzen und den völligen Bruch zwischen Rußland und Deutschland herbeiführen sollten. Dieses Ergebnis wäre auch ums Haar erzielt worden, wenn es nicht Fürst Bismarck gelungen wäre, den Zaren zu einem Besuche in Berlin zu bewegen und ihm dort persönlich von der Fälschung der Dokumente den bündigen, unwiderleglichen Beweis zu liefern. Hiernach mußte also Bismarck alles daran liegen, bei der weiteren Behandlung der bulgarischen Frage auch den entferntesten Schein zu vermeiden, als könnte an den erfundenen Beschuldigungen der gefälschten Aktenstücke doch ein Körnchen Wahrheit sein und ihm irgendwie Hinterhältigkeit gegenüber Rußland zur Last fallen.

Auch die groteske Szenerie, die sich um die persönliche Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Kanzler in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten webt, ist nicht geeignet, das hehre Bild des Altreichskanzlers in den Schatten zu stellen. Bismarck war kein Zeremonienmeister und hat keinerlei Anlage zum höfischen Schranzentum. Er, dessen Leben nicht bloß dem Kaiser und Könige, sondern der gesamten Nation und dem Vaterlande gehörte, war unfähig, die ihm vor allem obliegende Pflicht der Wahrheit aus irgend welcher höfischen Rücksicht zu unterdrücken. Deshalb sagte er ohne Umschweife seine Meinung auch dem Kaiser und jedem anderen Monarchen gegenüber, und wenn ein solches Verhalten in den Memoiren einmal mit „grob" bezeichnet wird, während an einer anderen Stelle sich eine Erinnerung an die auch sonst bereits bekannte Tintenfaß-Geschichte findet, so muß dabei der subjektive Maßstab gewürdigt werden, auf Grund dessen ein derartiges Urteil, das von anderen weniger unmittelbar Beteiligten vielleicht erheblich milder formuliert worden wäre, zu stande kommt. Die geschichtliche Objektivität gebietet festzustellen, daß sich Fürst Bismarck seinerseits wiederholt über eine persönliche Gereiztheit des Kaisers selbst gegenüber Bismarcks sachlichen Einwendungen gegen den kaiserlichen Standpunkt beklagt hat. So erzählen die „Hamb. Nachr.", sie hätten aus dem Munde des Fürsten Bismarck selbst gehört, daß der Kaiser eines Tages, als er mit dem Fürsten zum Reichskanzlerpalais fuhr und die russische Sache wieder lebhaft erörtert wurde, den Wagen plötzlich halten und den Fürsten aussteigen ließ.

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe können in ihrem Gesamteindruck nur aufs neue die Meinung bestätigen, daß die Geschichte der Entlassung des Fürsten Bismarck sich überhaupt nicht einseitig auf die Frage zuspitzen läßt: „Wer von beiden, der Kaiser oder Bismarck, hatte recht und wer unrecht?" Man wird vielmehr beiden Teilen unparteiisch gerecht werden und sich dahin bescheiden müssen, daß zwei so grundverschiedene Naturen nebeneinander auf die Dauer keinen Platz hatten. Als äußere Anläße der Katastrophe mögen alle die bekannten Einzelheiten, die Meinungsverschiedenheiten über die Arbeiterschutzfrage, über die Kabinettsorder von 1862, die den Ministern den direkten Verkehr mit dem Monarchen über den Kopf des preußischen Ministerpräsidenten hin verbietet, die Unterredung mit Windthorst und die Differenzen in den Hauptfragen der Auswärtigen Politik mitgewirkt haben, die eigentliche tiefere Ursache aber bildeten sie jedenfalls nicht. Diese lag vielmehr in der Unvereinbarkeit der beiden Charaktere. So vollzog sich denn die Trennung mit der Notwendigkeit eines unvermeidlichen Elementarereignisses. Wie Bismarck sich dabei im einzelnen verhalten, wie er seinem berechtigten Unmute während und nach der Entscheidung Ausdruck verliehen hat, das kann und darf nicht nach der Schablone der hergebrachten Lebensformen, die auf normale Verhältnisse zugeschnitten sind, beurteilt werden. Bismarck war eine Titanennatur, wie sie nur aller tausend Jahre einmal über den Erdball schreitet, und wenn ein solcher Riese mit seinem Genius die Welt erschüttert, kann nur ein Zwerggeschlecht auf den Gedanken kommen, ihn in den einzelnen Ausbrüchen seiner gigantischen Kraftfülle, wie sie die Entlassungsgeschichte bezeichnen, mit einem kleinlichen Maßstabe messen zu wollen.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Oktober.

Zur Braunschweigischen Frage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zwischen dem **Kaiser** und dem **Herzog von Cumberland**, sowie zwischen dem letzteren und dem Reichskanzler Fürsten **Bülow** hat wegen der Regierung in Braunschweig ein Briefwechsel stattgefunden, den die „Nordd. Allg. Ztg." zu veröffentlichen ermächtigt ist. Das Schreiben des Herzogs von Cumberland an den Kaiser lautet:

„Durchlauchtigster, großmächtigster Kaiser und König, freundlich lieber Vetter und Bruder! Die Resolution, die die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig zur Neuordnung der Regierungsverhältnisse des Herzogtums am 5. v. Mts. angenommen und das herzogliche Staatsministerium mir zur Kenntnis gebracht hat, gibt mir Anlaß, an Eure Kaiserliche und Königliche Majestät mit einer freundlichen Bitte mich zu wenden. Es ist mein Wunsch, eine endgültige Ordnung der Regierungs-Verhältnisse im Herzogtume Braunschweig auf dem Wege herbeigeführt zu sehen, daß ich und mein ältester Sohn Prinz Georg Wilhelm unsere Rechte auf die Regierung im Herzogtume auf meinen jüngsten nach braunschweigischem Hausgesetze volljährigen Sohn Prinz Ernst August übertragen und daß dieser als Herzog die Regierung übernehme. Mir und meinem ältesten Sohne sowie dessen Deszendenten würde die Sukzession in Braunschweig für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Linie meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte. Die Verzichtleistung auf den braunschweigischen Thron würden ich und mein ältester Sohn aussprechen, sobald die Gewißheit besteht, daß der Regierungs-Uebernahme meines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehen. Diese meine Absichten und meinen Wunsch bitte ich, dem allergnädigsten Wohlwollen Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät empfehlen zu dürfen. Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und Freundschaft verbleibe ich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät freundwilliger Vetter und Bruder (gez.) Ernst August. Gmunden, 2. Oktober 1906."

Das Schreiben des Herzogs an den Reichskanzler lautet:

„Ew. Durchlaucht beehre ich mich, die Abschrift eines Schreibens, das ich an des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen Majestät wegen Uebernahme der Regierung im Herzogtum Braunschweig gerichtet habe, zur geneigten Kenntnis hierneben zu übersenden und Ew. Durchlaucht als den Vorsitzenden des Bundesrates zu bitten, von dem Inhalte des Schreibens dem Bundesrate Mitteilung machen zu wollen, sobald Ew. Durchlaucht dies für angezeigt halten. Indem ich die freundliche Bitte ausspreche, daß Ew. Durchlaucht der Verwirklichung meines in dem Handschreiben Sr. Majestät unterbreiteten Vorschlages geneigte Unterstützung angedeihen lassen wollen, verbleibe ich mit vollkommener Hochachtung Ew. Durchlaucht ergebenster (gez.) Ernst August. Gmunden, 2. Oktober 1906."

Das Schreiben des **Kaisers an den Herzog von Cumberland** hat folgenden Wortlaut:

„An des Prinzen Ernst August von Großbritannien und Irland, Herzogs von Cumberland, Königliche Hoheit. Durchlauchtigster Fürst, freundlich-lieber Vetter! Ew. Königlichen Hoheit Schreiben vom 2. Oktober habe Ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die Regierung in Braunschweig ist durch Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 in der nach Lage der Verhältnisse durch die Interessen des Reiches gebotenen Weise geregelt worden. Als berufener Hüter dieser Interessen muß Ich Anstand nehmen, zu einer Neuregelung die Hand zu bieten, solange die Sach- und Rechtslage, die zu dem gedachten Bundesratsbeschlusse geführt hat, unverändert fortbesteht. Der Inhalt Ew. Königlichen Hoheit Schreiben bietet aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen. Ich sehe Mich daher außer stande, der Mir von Ew. Königlichen Hoheit ausgesprochenen Bitte näher zu treten. Ew. Königl. Hoheit bitte Ich, die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung entgegen zu nehmen, mit der Ich bin Ew. Königl. Hoheit freundlicher und ergebener Vetter. (gez.) Wilhelm I. R. Rominten, 10. Oktober 1906."

Das Schreiben des **Reichskanzlers** an den **Herzog von Cumberland** endlich lautet:

„Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland. Ew. Königl. Hoheit beehre ich mich, mit untertänigstem Danke den Empfang des gnädigsten Schreibens vom 2. d. M. zu bestätigen, mit dem Ew. Königl. Hoheit mir Abschrift des von Ihnen an Se. Majestät den Kaiser und König wegen der Regierung im Herzogtum Braunschweig gerichteten Schreibens zur Kenntnis übersandt hat. Was Ew. Königlichen Hoheit Wunsch nach Mitteilung dieses Schreibens an den Bundesrat betrifft, so muß ich mir eine Entschließung darüber vorbehalten; dagegen sehe ich mich zu meinem Bedauern außer stande, die gewünschte Unterstützung des von Ew. Königlichen Hoheit Sr. Majestät dem Kaiser unterbreiteten Vorschlages zuzusagen. Die Gesichtspunkte, nach denen ich als Reichskanzler wie als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten pflichtmäßig die braunschweigische Frage zu behandeln habe, sind in zwei in dieser Eigenschaft von mir mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers an die herzoglich braunschweigische Regierung gerichteten, inzwischen der Oeffentlichkeit übergebenen Schreiben dargelegt. Von dem in diesem Schreiben eingenommenen Standpunkte aus glaube ich, in Ew. Königl. Hoheit Vorschlag eine für die Reichsinteressen annehmbare Lösung nicht erblicken zu können. Mit dem Ausdrucke meiner ehrerbietigsten Gesinnungen verharre ich als Ew. Königl. Hoheit untertänigster (gez.) Fürst Bülow, Reichskanzler. Homburg v. d. Höhe, 7. Oktober 1906."

Evangelischer Bund.

Graudenz. In der heutigen Hauptversammlung des **Evangelischen Bundes** hielt der stellvertretende Vorsitzende, Oberpfarrer Wöhler, eine Ansprache, in der er der vor 20 Jahren erfolgten Gründung des Bundes gedachte. Er wies darauf hin, daß der Bund zu einer großen Organisation herangewachsen sei, die man nicht mehr unbeachtet lassen könne. Er trete für die höchsten und teuersten Güter unseres Volkes ein. Sein evangelischer konfessioneller Charakter werde ihm zwar hin und wider zum Vorwurfe gemacht, aber das Evangelium der Reformation sei auch heute noch unentbehrlich für die Lösung der Fragen unserer Zeit. Die wahre und rechte Weitherzigkeit werde durch den evangelischen, konfessionellen Charakter des Bundes nicht beeinträchtigt. Der Bund leiste für den Frieden unter den Konfessionen nicht weniger als andere, die sich dessen rühmten. Es folgte hierauf der Vortrag des Bundesdirektors Eberling über „Parität als Schlagwort und als Prinzip". Redner führte aus, mit diesem Worte würde Götzendienst getrieben und die Verwirrung dieses Begriffes richte verhängnisvolle Folgen an. Bei der grundsätzlichen Verschiedenheit der römischen und der evangelischen Kirche würde die gleiche rechtliche Behandlung beider Religionsgemeinschaften zur größten Ungerechtigkeit werden.

Graudenz. (Priv.-Tel.) Auf das vom Evangelischen Bunde an den **Kaiser** abgesandte Huldigungs-Telegramm ist folgende **Antwort** eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und König lassen der dort tagenden Generalversammlung des Evangelischen Bundes für den treuen Gruß und Segenswunsch bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Lucanus."

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79/81